



## Keinen Papierabfall mehr, – bitte!

Von Sven Hüber, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei



**Auf der GdP-Pressekonferenz waren klare Worte zu dem Bericht der „Werthebach-Kommission“ gefallen. Das Zitat vom „Papierabfall“ ging durch alle Medien. Zu Recht. Denn was Anfang Dezember letzten Jahres noch vorschnell als „überzeugend und bemerkenswert“ gelobt wurde, wurde selbst von der Staatssekretärs-Kommission mit der Faktensäge zerlegt. Mancher fragte sich, warum auch die GdP eine so kritische Position einnimmt? Wollte die Werthebach-Kommission nicht etwas Neues, Zukunftsfähiges aufstellen? Die Antwort ist einfach: die GdP fordert geradezu Zukunftsfähigkeit ein.**

Was die Kommission aber präsentierte, war der lauwarmer Aufguss geschlagener politischer Schlachten der neunziger Jahre. Die Werthebach-Kommission kam im Kern nur auf die grandiose alte Idee, die Bundespolizei zur präventiven Schutzpolizeitruppe herunterzustutzen und dem Bundeskriminalamt (BKA) die Strafverfolgungszuständigkeiten zu übertragen. Sie schlug vor, womit Kommissionsmitglied Riotta 1998 beim Verfassungskonzept abgeblitzt war. In was für eine Zukunft sollte das führen? Für uns, am Ende des Weges, in die präventive Bundes-Gendarmerie mit Wiedereinführung des einfachen Dienstes; – für die anderen, der Weg in die verfassungsfragliche „Edel-Kripo“ des Bundes? Das kann nicht Zukunft bedeuten, sondern nur Rückschritt. Die Enttäuschung über den Bericht und seine ungenügende Substanz war in allen politischen Parteien zu vernehmen. Denn in der Tat waren die wirklich brennenden Zukunftsthemen der Inneren Sicherheit noch nicht einmal benannt worden. Folglich gab es darauf auch keine Antworten.

Es war schon vom Ansatz fraglich, ob man die politische Diskussion über die Aufgabenteilung von Bund und Ländern in der Inneren Sicherheit im 21. Jahrhundert – sozusagen die Föderalismus-Diskussion III – wirklich mit einer Bürokratenkommission eröffnet, die dann zum Thema Bund-Länder gar nichts liefert. Es ist erst recht fraglich, ob man die Einbindung des Zolls in das System der In-

neren Sicherheit im Koalitionsvertrag fordert und am Ende der Kommission verbietet, gerade dazu Vorschläge zu machen.

So wurde das Ersatzfeld BKA-Bundespolizei gruselig schöngeschrieben, um überhaupt etwas zu liefern. Die Krone des Ganzen aber erkämpfte sich Werthebach selbst, der noch im April 2010 verkündete, seine Arbeit sei notwendig, „weil große Behörden im Laufe der Jahre dazu neigten, ihre Zuständigkeiten auszudehnen. Das gehe zulasten der Kernkompetenz und führe zu Doppelarbeit“; – eine These, die ihm jetzt als schlichtweg falsch um die Ohren gehauen wurde. Mit den wirklich wichtigen strategischen Zukunftsfragen hatte sich die Kommission gar nicht erst aufgehalten: Polizeiarbeit unter den Bedingungen wachsender Visa-Freiheit? Reaktionen auf das Piraterie-Phänomen? Wachsendes deutsches Polizei-Auslandsengagement? Optimierung der polizeilichen Abwehr von Gefahren terroristischer Anschläge? Thema Küstenwache? Personalentwicklung angesichts Überalterung und „demographischem Knick“? Internetkriminalität? Einführung einer konstanten polizeilichen Führungsstruktur bei den polizeilichen Teilen des Zoll? Belastungsgrad der Polizei? Innere Stimmungslage, Personalfehl, Strukturfehler wie „Obermeisterbauch“ und perspektivlose Verwaltungsmitarbeiter? – Alles nichts, was die Werthebach-Kommission interessiert hätte. Sie durfte „unabhän-

gig“ und „ohne jegliche Vorgaben“ arbeiten. Leider. Enttäuscht muss auch Thomas de Maizière sein, der noch im April 2010 erwartungsfroh erklärt hatte, er hoffe, „in dieser Legislaturperiode einen nicht unerheblichen Teil der Empfehlungen auch wirklich umsetzen zu können, zumindest gesetzgeberisch“. Und jetzt das. Nur Papierabfall.

Die GdP möchte die Zukunftsdiskussion vorantreiben. Die Themen liegen dem Minister auf dem Tisch, wurden schon von seinem Vorgänger 2008 zu lösen versprochen und müssen endlich einmal angepackt werden. Das allerwichtigste Thema ist dabei freilich das eigene Personal und – sieht man vom Zoll ab – nicht weitere Organisationsänderungen für den politischen Schaukasten. Beseitigung des Beförderungsstaus der Obermeister und Verwaltungsbeamten (Kosten 15 Millionen Euro), Neueinstellungen statt Personalstreichung durch Wochenarbeitszeiterhöhung, attraktives wettbewerbsfähiges Laufbahnrecht und Reaktion auf die Überalterung der Bundespolizei, bessere Arbeitszeitregelungen, spürbare Reaktionen auf die „Beerlage-Studie“ zum Belastungsabbau, Abbau echter Doppelarbeit in der Bundespolizei (!) bei der Dateneingabe, schnellere IT-Systeme, moderne Bekleidung und Ausrüstung für alle, bessere Rahmenbedingungen bei Auslandsverwendungen, mehr Fortbildungsmöglichkeiten ... Das muss in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden. Es erspart uns, Geld, Zeit und Kraft in die Kreation neuer Wasserköpfe zu verschwenden. Und es erspart uns weiteren Papierabfall von Kommissionen. Thomas de Maizière hat genug Format – nicht aus Gesichtswahrungsründen – an als untauglich erkannten Kommissionsvorschlägen festzuhalten. Gemessen wird er von den Polizeibesetzten daran, ob er den Problemstau in der Bundespolizei löst, nicht, ob er ihn vergrößert.



# Stück für Stück dem Ziel näher

Puzzelfahrt

**D**ie Idee zur Gründung eines Internationalen Frauentages kam ursprünglich aus den USA. Gedacht war dieser Tag als nationaler Kampftag, um sich für die Frauenrechte einzusetzen. Der erste Internationale Frauentag wurde dann am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz gefeiert.

Das alles beherrschende Thema der ersten Jahre war die Forderung nach dem freien, geheimen und gleichen Frauenwahlrecht. Im Jahre 1921 wurde auf der Zweiten Internationalen Konferenz kommunistischer Frauen in Moskau der

8. März als internationaler Gedenktag eingeführt. Während des Nationalsozialismus' war der Gedenktag offiziell verboten. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Frauentag aufgrund politischer Gegebenheiten unterschiedlich begangen. Ende der 60er Jahre wurde dieser Tag in der Bundesrepublik in seiner ursprünglichen Form verwendet; – zum Einfordern von Frauenrechten.

Seit Mitte der 90er Jahre erlebt der Frauentag ein politisches Comeback. Derzeit wird der Internationale Frauentag wieder dafür verwendet, um auf Ungerechtigkeiten oder Gewalt speziell gegen Frauen aufmerksam zu machen. Mit Hilfe des Internationalen Frauentages wurden viele Rechte der Frauen Stück für Stück durchgesetzt.

**Diesem Beispiel möchte die Frauengruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) des Bezirks Bundespolizei folgen und durch Frauen aus allen Direktionsgruppen der GdP einzelne Stücke eines Puzzels am 8. März 2011 nach Berlin tragen. Die Puzzleteile sollen die – zur Umsetzung von Rechten der Frau, früher und heute – notwendigen einzelnen Schritte auf dem Weg zum Ziel einer Gleichstellung der Frau und einer Vereinbarkeit von Familie und Beruf symbolisieren.**

Heute schauen wir auf wichtige Meilensteine auf dem Weg zur Gleichberechtigung zurück: 90 Jahre Frauenwahlrecht, 60 Jahre Gleichstellungsartikel im Grundgesetz, 50 Jahre Gleichberechtigungsgesetz. Und auch in unserem Bereich der Bundespolizei ist schon viel erreicht worden: Wahl einer Gleichstel-

lungsbeauftragten, keine Benachteiligung in dem beruflichen Weiterkommen durch familienbedingte Beurlaubung, Zuerkennung flexibler Arbeits- und Dienstzeiten, Einrichtung eines Eltern-Kind-Zimmers (in vielen Bereichen). Doch es gibt noch genügend Forderungen, die wir für die Zukunft stellen.

*Die Frauengruppe des GdP-Bezirks Bundespolizei erwartet eine ernsthafte Auseinandersetzung mit unseren Forderungen, bis hin zu deren tatsächlicher Umsetzung: Aufstiegsverfahren in Teilzeit/Einräumen der Möglichkeiten eines Fernstudiums, kostenlose Kinderbetreuung bei Aus- und Fortbildungen, Qualifizierungsmaßnahmen im Sinne des § 5 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD), Realisierung eines tragfähigen Personalentwicklungskonzeptes und Verbesserung der Einsatzbedingungen.*

Wir werden diese Forderungen am 8. März 2011 an Vertreter des Bundesinnenministeriums übergeben und auch zukünftig alle Anstrengungen für deren Umsetzung unternehmen.

**Martina Braum, Arbeitsgruppenvorsitzende der Frauengruppe des GdP-Bezirks Bundespolizei**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

**Geschäftsstelle:**  
Forststraße 3a,  
40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-0  
Telefax (02 11) 71 04-5 55

**Redaktion:**  
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)  
Forststraße 3a,  
40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-0  
Telefax (02 11) 71 04-5 55  
Internet: [www.gdp-bundespolizei.de](http://www.gdp-bundespolizei.de)  
E-Mail: [info@gdp-bundespolizei.de](mailto:info@gdp-bundespolizei.de)  
Martin Schmitt  
Mobil (01 72) 8 99 05 23  
E-Mail: [schmitt-karlstein@freenet.de](mailto:schmitt-karlstein@freenet.de)

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion.  
Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZIELITERATUR GMBH  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87  
ISSN 0949-2836

## IN MEMORIAM

Wir gedenken dem 1. Todestag unseres Kollegen

### Volker Ganz

\* am 21. April 1962

† am 28. März 2010

Volker Ganz verrichtete nach langjähriger Zugehörigkeit zur A/O-Einheit in Blumberg seinen Dienst in der MFE Berlin. Unsere Gedanken sind gerade in diesen Tagen auch bei seiner Frau und seinen Kindern. Wir trauern um einen liebenswerten Kollegen, der uns in steter Erinnerung bleibt.

**Lars Wendland – für die GdP-Kreisgruppe Bundespolizei Berlin**



# 1 – 8 x 24 PM ShortDot



## New Feature

The CC mode\* permits a parallax-free use of the scope as a red dot sight with a magnification of 1.0 at very short distances.

- Reticle in the first focal plane
- FlashDot illumination in the second focal plane
- Main tube: 30 mm diameter light alloy
- Elevation and windage adjustments with locking turrets
- Illumination setting with locking turret
- Optional: BDC turrets (Ballistic Drop Compensator)

## SCHMIDT BENDER

[www.schmidtbender.com](http://www.schmidtbender.com)



## BILDUNGSREISE

### Reisen bildet und macht Spaß! Zwei neue GdP-Israel-Reisen im Angebot ...

Nach den überwältigenden Reaktionen der Teilnehmer der vergangenen Jahre setzt die GdP ihr Angebot für Bildungsreisen nach Israel auch in diesem Jahr fort. Interessierte Kolleginnen und Kollegen können aus zwei verschiedenen Arten der Erkundung des Landes wählen.

#### Vom 22. bis zum 30. Mai 2011: GdP-Outdoor-Tour durch Israel

Wir erkunden das Land mit Zelt, Wanderschuhen und Rucksack. Unsere Camps bauen wir am See Genezareth und am Toten Meer auf. Dann geht es in die Golan-Höhen und in die Wüste, zu interessanten Punkten aus Kultur und Lan-



**Auf dem Marsch in die Judäische Wüste zum Abseilen an den tiefsten Punkt der Erde.**

desgeschichte und natürlich nach Jerusalem und Tel Aviv. Eine gelungene Kombination aus Bildung, Spannung und einer Prise Abenteuer, gepaart mit körperlicher Aktivität. Ein einmalig schönes Erlebnis, von dem man lange zehrt. Wer Lust hat und mehr Informationen sucht, kann sich auf unserer Website gern die Berichte und Fotogalerien anschauen. Abflug ab Berlin mit Air Berlin. Zelte und Schlafsäcke werden gestellt. Transport im Land, Verpflegung, kundige Führung und Eintritte sind inklusive.

#### Vom 13. bis zum 22. November 2011: GdP-Bildungsreise nach Israel

Bei dieser Reise steht ein eindrucksvolles Bildungsangebot mit einer Vielzahl von Informationen und Eindrücken aus der Geschichte Israels, dem Zusammentreffen verschiedenster Religionen und Kulturen und der aktuellen Politik auf dem Programm. Tel Aviv und Jaffa, Nazareth und Jerusalem sind genauso dabei wie ein Besuch im Kibbuz, bei den israelischen Beduinen und Zeit am Toten Meer sowie vieles mehr. Hotelunterkunft mit Halbpension, Bustransfer, alle Eintritte und landeskundige Führung sind inklusive. Wer dieses Erlebnis gern gemeinsam mit Partner, Freund oder Freundin teilen möchte – herzlich gern. Wer sich über die einzelnen Schwerpunkte der Reise orientieren möchte, findet



**Nachts an der Klagemauer** **Fotos: GdP**

auf unserer Website viel Lesenswertes mit Berichten und Bildern. Flug mit EL AL ab Berlin (Zubringer und Zwischenübernachtung in Berlin kann organisiert werden).

Anmeldeformulare, Reisehinweise, Literaturtipps, Berichte und Fotos findet ihr unter [www.israelreise.gdp-bundespolizei.de](http://www.israelreise.gdp-bundespolizei.de) & [www.israelreise.gdp-bundespolizei.de](http://www.israelreise.gdp-bundespolizei.de). Nachfragen können auch an die Geschäftsstelle gerichtet werden. Die Reisen leitet wieder unser stellvertretender Vorsitzender Sven Hüber, den ihr gern kontaktieren könnt unter [bhpr@bmi.bund.de](mailto:bhpr@bmi.bund.de).

## NEUWAHL ZUR JAV

### Es ist wieder soweit: Die Wahlen zur JAV in der Bundespolizei stehen an ...

Auch unsere Jugendlichen und Auszubildenden haben sich in der Vergangenheit aktiv in das Geschehen der Neuorganisation der Bundespolizei mit eingebracht. Im Vordergrund stand – und steht dabei noch immer – die Ausbildung in den unterschiedlichen Ausbildungsberufen. Ob als Köche, Elektroniker, Kfz-Mechatroniker, Hauswirtschaftler, Verwaltungsfachangestellte oder Kaufmann bzw. Kauffrau für Bürokommunikation, überall wurden sehr gute bis befriedigende Ergebnisse erreicht.

Großes Wissen, Können und Glück haben alle diejenigen, die ihre Ausbildung mit den Noten: „Sehr gut“, „Gut“ bzw. mindestens „Befriedigend“ abschließen konnten. Denn Dank des Tarif-

abschlusses und aktiver Mitarbeit der Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) wurden einige Auszubildende nach Abschluss ihrer Ausbildung zunächst befristet für ein Jahr in ihren Dienststellen übernommen.

**Schön wäre es, wenn gerade im Hinblick auf die älter werdende Kollegenschaft auch in der Bundespolizei mehr in Sachen Weiterbeschäftigung für unsere jungen Kollegen getan würde. Die demographische Entwicklung erfasst nämlich auch die Bundespolizei!**

Nicht diese demographische Entwicklung – oder gar die Möglichkeiten deren Beeinflussung – stehen im Mittelpunkt der Arbeit der JAV, sondern die Gestaltung einer lebenswerten Zukunft in einer älter werdenden Gesellschaft. Der demographische Wandel stellt allerdings eine der größten Herausforderungen für die Politik dar; – nicht nur auf regionaler und

kommunaler Ebene, sondern auch für den Bereich der Bundespolizei.

Grundvoraussetzung für den erfolgreichen Umgang mit den Folgen des demographischen Wandels ist – aus meiner Sicht – in allen Fällen ein transparenter Umgang zu zukünftigen Entwicklungen und deren tatsächlichen Auswirkungen.

Im Zuge der Ausbildungsoffensive der Bundesregierung werden in der Bundesverwaltung seit 2004 Ausbildungsverträge über den eigenen Bedarf hinausgehend abgeschlossen. Zweck dieser Initiative ist es, die nach dem Willen der Bundesregierung auch nach 2010 weiter fort-



## NEUWAHL ZUR JAV

geführt und weiterentwickelt werden soll, jungen Menschen optimalere Chancen für bessere Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen. – Nicht zuletzt deshalb benötigen wir auch in der Bundespolizei starke Jugend- und Auszubildendenvertretungen.

**Als Tarifkommission des GdP-Bezirks Bundespolizei rufen wir alle Jugendli-**

**chen und Auszubildenden in den Kammer- und Verwaltungsberufen auf, die das 25. Lebensjahr noch nicht erreicht haben: Bringt euch ein und arbeitet in der JAV mit! Nur wenn wir zusammenstehen, bewegen wir die anstehenden Dinge zum Besseren; – das ist das tragende Grundgefühl der Gewerkschaft der Polizei!**

Unsere Gewerkschaft wirbt mit dem Slogan: „DIE GdP – EINE FÜR ALLE!“ auch und gerade für unsere jungen Menschen in der Bundespolizei. Deshalb setzen wir auf euch und damit auf eine starke Jugend- und Auszubildendenvertretung!

**Peter Ludwig, Vorsitzender der GdP-Tarifkommission, Bezirk Bundespolizei**

## AKTION

**60 Jahre Bundespolizei – 20 000 Mitglieder in der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei – Ich bin dabei!**

Im Jahr 2011 besteht die Bundespolizei (BPOL), der ehemalige Bundesgrenzschutz (BGS), mittlerweile seit 60 Jahren. Dieses Jubiläum soll gebührend gefeiert werden. Das Bundespolizeipräsidium bereitet dafür einige Veranstaltungstermine vor.

Auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bezirk Bundespolizei, die mittlerweile 20 000 Kolleginnen und Kollegen vertritt, will dieses Jubiläum mit einigen Veranstaltungen begleiten. Schließlich haben wir einen erheblichen Anteil an der Entwicklung der Bundespolizei; – ohne uns gäbe es noch nicht einmal diesen Namen, den wir für den ehemaligen BGS mit dem damaligen Bundesinnenminister Schily vereinbart haben.

So ist für den Tag des in Berlin stattfindenden offiziellen Festaktes am 15. März 2011, zeitgleich mit dem „Schnitt-

chenessen der VIP's“, in allen GdP-Kreisgruppen um „Fünf vor Zwölf“ eine Luftballonaktion geplant: Überall in Deutschland sollen – einhergehend mit einer bundesweiten Presseaktion – an den Dienststellen 60 Luftballons mit den auf Postkarten aufgedruckten GdP-Forderungen für unsere Beschäftigten starten. An diesem Tag wird auch der GdP-Sticker an all unsere Mitglieder verteilt, der sowohl auf das Jubiläum als auch auf unsere stolze Mitgliederzahl hinweist.

Am 20. August 2011 steht in Berlin vor dem Brandenburger Tor eine BPOL-Festmeile „auf dem Programm“. Der Bezirk Bundespolizei der Gewerkschaft der Polizei wird sich mit einem großen GdP-Aktionsstand, an dem ebenfalls Flyer mit unseren Erfolgen und Forderungen verteilt werden, beteiligen. An diesem Stand sollen sich zu einem noch festzulegenden Zeitpunkt so viel Mitglieder wie möglich treffen. Das Bundespolizeipräsidium will laut seiner Verfügung bei den Feierlichkeiten „die Beschäftigten mitnehmen“.

**Wenn von diesem Mitnehmen angesichts der massiven Gerechtigkeitslücken**



**in der Bundespolizei, von denen besonders Polizeiobermeisterinnen und -obermeister, Verwaltungsbeamtinnen und -beamte sowie Kolleginnen und Kollegen aus dem Tarifbereich betroffen sind, bis zum Tag des Festaktes weiterhin nichts zu sehen ist, wird der GdP-Bezirk Bundespolizei das Jubiläumsjahr zum „Jahr des Protestes“ machen!**

Da die Bundesregierung offensichtlich überhaupt nicht bereit ist, sich ernsthaft mit dem Problem auseinanderzusetzen, werden wir dann durch massiven, öffentlichen Druck auf die Problematik unserer Kolleginnen und Kollegen aufmerksam machen!

## SENIORENGRUPPE BERLIN

**Auch der Wintermonat Dezember des vergangenen Jahres war in der Seniorengruppe Bundespolizei Berlin der Gewerkschaft der Polizei (GdP) durch Aktivitäten gekennzeichnet ...**

Wie in jedem Jahr fand auch in 2010 unser traditionelles weihnachtliches Eisbeissen unter großer Beteiligung in geselliger Runde statt. Ein Besuch unserer Seniorengruppe – mit Angehörigen – im Berliner Reichstag konnte trotz zeitweiliger Besuchersperre aufgrund der Terrorwarnung dennoch wie geplant durchgeführt werden. Auf der Besuchertribüne des Plenarsaals im Deutschen Bundestag

wurde uns durch eine sachkundige Mitarbeiterin des Besucherdienstes über einen interessanten Vortrag Wissenswertes zur wechselhaften Geschichte des Hauses sowie dessen Architektur vermittelt und wir erfuhren im Weiteren viel

Interessantes zu den Aufgaben, der Arbeitsweise und der Zusammensetzung des Parlamentes. Der anschließende Rundgang in der gläsernen Reichstagskuppel und der wunderbare Blick über Berlin und seine Wahrzeichen stellte



Foto: GdP

nochmals ein besonderes Erlebnis dar. Zur Erinnerung an diesen Besuch wurde dieses Gruppenfoto unterhalb der gläsernen Kuppel aufgenommen.

**Gerhard Landgraf, GdP-Seniorenvorsitzender Bundespolizei Berlin**



## **Bundesamt für Güterverkehr – Sicherheitsbehörde des Bundes ohne entsprechende Anerkennung**

Eine Betrachtung der momentanen Situation von Mario Märgner, Vorsitzender der Fachgruppe Bundesamt für Güterverkehr (BAG) der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

**D**as Bundesamt für Güterverkehr (BAG) ist eine obere Bundesbehörde im Bereich des Bundesverkehrsministeriums (BMVBS) und gehört aus Sicht der GdP-Fachgruppe BAG zu den Sicherheitsbehörden des Bundes.

**Leider fehlt es an jeglicher offizieller Anerkennung dieses Status'!**

Das BAG ist – mit seiner Aufgabenwahrnehmung in vielen Rechtsgebieten – Teil der öffentlichen Sicherheit und trägt zur Inneren Sicherheit des Landes und der Europäischen Union (EU) bei, da es im Zusammenwachsen Europas zum Funktionieren des liberalisierten Marktes Hilfe leistet, die Verkehrssicherheit erhöht sowie die Einnahmen des Bundes sicherstellt.

Die Kontrolldienste des BAG gewährleisten durch ihre täglichen Kontrollen, dass der internationale Warenverkehr auf der Straße – unter Beachtung der nationalen Vorschriften und internationalen Verordnungen und Abkommen – stattfindet. Dabei wird insbesondere durch die technischen Kontrollen und die Gefahrgutüberprüfungen ein wesentlicher Beitrag zur Verkehrssicherheit geleistet.

Weiter trägt das BAG mit dem Überwachungsauftrag der Maut und den damit verbundenen Milliardeneinnahmen zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes bei. Diese Gelder wiederum stärken die Funktionsfähigkeit des Bundes und damit auch unsere Gesellschaft insgesamt. Dabei wird durch die Kontrollen sichergestellt, dass die Unternehmen, welche regelkonform arbeiten, nicht vom Markt verdrängt und die „schwarzen Schafe“ enttarnt werden.

**Dem Gefahrenpotenzial der Kontrollen – durch die gewollt offenen Grenzen – wird durch die fehlende offizielle Anerkennung als Sicherheitsbehörde des Bundes und der entsprechenden sachlichen, personellen und finanziellen Ausstattungen (insbesondere der Kontrolldienste) des BAG, nicht genügend Rechnung getragen. Dass es immer wieder Übergriffe**

**auf die Kontrolleureinnen und Kontrolleure des BAG gibt, wird genauso heruntergespielt wie die zufälligen Aufdeckungen von Straftaten und die damit verbundenen Risiken.**

Hier fehlt die Unterstützung des Gesetzgebers, um durch die entsprechende Schaffung von gesetzlichen Rahmenbe-



Foto: GdP

dingungen zum Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen beizutragen. Eine stete Erweiterung von Kompetenzen ist nur dann gut und sinnvoll, wenn diese mit einer Erweiterung der Rechte einhergeht und Möglichkeiten schafft, diese Rechte und Kompetenzen auch umzusetzen. Daran fehlt es momentan!

**Leider ist im BMVBS und bei vielen politischen Entscheidungsträgern die Meinung vorherrschend, dass es sich bei den Kontrolleuren des BAG um Verwaltungsbeamte handelt.**

Hier besteht ausnahmsweise einmal eine Gleichbehandlung mit dem Zoll. Durch die Überwachungsaufträge aus dem Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) und dem Autobahnmautgesetz für schwere Nutzfahrzeuge (ABMG) handelt es sich bei der Aufgabenwahrnehmung aber um Vollzugsdienst. Das BAG kontrolliert dabei Rechtsgebiete, die sich mit anderen Kontrollorganen, die als Sicherheitsbehörden anerkannt sind, überschneiden.

Hier sind beispielsweise folgende Bereiche zu nennen: Marktzugang (Überschneidung mit Polizeien und Zoll), bestimmte Vorschriften des Aufenthalts-, Arbeitsgenehmigungs- und Sozialversicherungsrechtes (Überschneidung vorrangig mit dem Zoll/Finanzkontrolle

Schwarzarbeit), bestimmte Vorschriften des Kraftfahrzeugsteuer- und Umsatzsteuerrechtes (Überschneidung mit dem Zoll), Rechtsvorschriften, die zur Verkehrssicherheit gehören wie Fahrpersonalvorschriften, Gefahrgut, technische Unterwegskontrolle usw. (Überschneidungen mit den Polizeien).

Um all diese Rechtsgebiete zu kontrollieren und durchzusetzen, sind die Kontrolleure mit Befugnissen ausgestattet, die ein Eingreifen in die Grundrechte der Fahrer zulassen. Damit handelt es sich um ein hoheitliches Handeln. Ein Indiz dafür, dass das BAG eine Sicherheitsbehörde des Bundes sein sollte, ist die Einbindung in das Projekt des digitalen Funks für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben; weitere Gründe stellen die Ermittlungstätigkeiten im Bereich der Ordnungswidrigkeiten und die dabei aufgedeckten Zufallsfunde aus dem Bereich der Straftaten dar.

Die Tatsache, dass das BAG in das länderübergreifende Krisenmanagement (LÜKEX) mit eingebunden ist und mit dem Bereich der zivilen Notfallvorsorge einen wichtigen Beitrag für Krisensituationen leistet, bleibt ebenso weitestgehend unbeachtet.

Da bereits die Ordnungsämter zum Bereich der Sicherheitsbehörden zählen, kann das BAG mit seiner Aufgaben- und Rechtsgebietsvielfalt nur als eine solche Sicherheitsbehörde gewertet werden. Diese Fakten haben wir als Fachgruppe auch gemeinsam mit dem GdP-Bezirk Bundespolizei in einem Positionspapier der Werthebach-Kommission mitgeteilt.

Leider blieben diese Punkte in der Kommissionsarbeit vollkommen unberücksichtigt, sodass die Ergebnisse daraus als absolut unzureichend für den Bereich des BAG einzustufen sind.

Da aber bereits die Vorschläge der Kommission im Hinblick auf die Weiterentwicklung von Bundespolizei und Bundesfinanzpolizei unzureichend sind, war bei dem Wissensstand zum BAG und dessen Unbekanntheit fast nichts anderes zu erwarten ...

**Eine öffentliche Wertschätzung der Arbeit aller Kolleginnen und Kollegen des BAG wäre dadurch gegeben, dass eine offizielle Anerkennung des BAG als**



## FACHGRUPPE BAG

### Sicherheitsbehörde des Bundes vollzogen würde!

Wenn dann noch die Kontrolldienste mit den notwendigen Sachmitteln und einer funktionsgerechten Laufbahn ausge-

stattet wären sowie alle sicherheitsrelevanten Dienstposten sach- und aufgabengerecht bewertet und nicht immer weiter abgewertet würden, wären wir unseren gewerkschaftspolitischen Forderungen

ein gutes Stück nähergekommen. Dies alles umzusetzen, ist die vordringliche Aufgabe der GdP-Fachgruppe und wird uns 2011 schwerpunktmäßig beschäftigen.

## VORSICHT GLOSSE – NEUES VON POM FRITZ

**W**enn das mit der Zusammenlegung von BKA und Bundespolizei jetzt klappen sollte, dann mache ich mir über meine Karriere keine Gedanken mehr, weil die beim BKA ja die zweigeteilte Laufbahn haben. Und bei einer Zusammenlegung werde ich dann ja wenigstens Kommissar und dann brauche ich mir ja keine Gedanken über den PHM machen. Das hätte sich ja dann erledigt. Wenigstens ein Lichtblick der Neuorganisation ...

Neulich hatte ich eine Begegnung mit einem Diensthundeführer, der mir sein Leid über den Umgang der Bundespolizei mit Hunden klagte, die ausgesondert werden. Es gäbe nur 50 Euro und davon sei alles zu bestreiten: die Hundesteuer, die Tierarztkosten, das Futter und auch das ein oder andere mehr, was halt so an-

fällt. Die Regelung des Zolls für deren Hunde sei da viel besser, denn die zahlten keine Hundesteuern; der Zoll käme nämlich für die Tierarztkosten auf, dafür sei das Futtergeld etwas weniger, aber damit komme man schon hin, denn das wäre der kleinste Batzen ... Sein Nachbar sei beim Zoll Hundeführer und der habe ihm davon erzählt. Nur gut, dass die Hunde das nicht mitbekommen. Ich habe mir dann vorgestellt, wie sich die beiden Hunde, also der von Zoll und der von der Bundespolizei, unterhalten würden und das ist eigentlich lustig und könnte so sein:

„He, du alter Zollhund, was liegst du denn da in der Sonne im Liegestuhl und träumst vor dich hin? Dir geht es wohl zu gut?“

„Klar Bundespolizeihund, ich kann nicht klagen!“

„Aber wie kann sich dein Herrchen das leisten. Meiner bekommt nur 50 Euro im Monat?“

„Nun, ich zahle keine Steuern, (Anmerkung des Verfassers: Eigentlich er-

strebenswert, nicht nur für Hunde!), bin so eine Art Privatpatient beim Tierarzt, weil mein alter Dienstherr auch diese Kosten übernimmt und die 45 Euro, die mein Herrchen als Futtergeld bekommt, sind so bemessen, dass ich nicht hungern muss. Mein Ex-Chef, jetzt Herrchen, tut meistens noch was dazu, aber das könnte sich dein Herrchen – als Bundespolizeihundeführer – sicher nicht leisten. Da ist die Hundesteuer hier im Ort ja schon höher als 50 Euro.“

Daraufhin sah ich den Bundespolizeihund a. D. traurig mit hängendem Schwanz davonschleichen. Und nicht nur das war traurig. Auch, dass es das BMI trotz Zusagen bis heute nicht hinbekommen hat, einen Erlass zu schreiben, der diese Regelung für die Bundespolizeihundeführer übernimmt, wir aber inzwischen schon die zweite Neuorganisation haben!

## RECHTSPRECHUNG

# Zielvereinbarung und Mitbestimmungsverfahren

**In einer Personalvertretungssache des Gesamtpersonalrates bei der Bundespolizeidirektion Koblenz hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) für das Land Rheinland-Pfalz am 18. Januar 2011 die Beschwerde der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Präsidenten der Bundespolizeidirektion, gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichtes (VG) Mainz vom 7. Oktober 2010 in dieser Sache (2 L 815/10.MZ) zurückgewiesen (4 B 11229/10.OVG).**

Hiernach hatte das VG zu Recht eine einstweilige Verfügung erlassen. Das OVG ist mit dem VG davon ausgegangen, dass die mit den Inspektionsleitern

am 23. März 2010 abgeschlossene Zielvereinbarung die tatbestandlichen Voraussetzungen des eingeschränkten Mitbestimmungsverfahrens des § 76 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 des Bundespersonalvertretungsgesetzes (BPersVG) erfüllt.

In diesem Zusammenhang gehe es um die Hebung der Arbeitsleistung. Hierunter fielen nach der gefestigten Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG) Maßnahmen, die darauf abzielten, die Effektivität der Arbeit in der vorgegebenen Zeit qualitativ und/oder quantitativ zu fördern. Dabei sei als Hebung der Arbeitsleistung nicht die Steigerung der Qualität oder der Menge des Arbeitsertrages anzusehen, sondern die erhöhte Inanspruchnahme der betroffenen Beschäftigten, zu der solche Maßnahmen typischerweise führten. Der Be-

griff „Arbeitsleistung“ meine den körperlichen Einsatz bzw. den geistigen Aufwand, den die Beschäftigten erbringen müssten, um das ihnen abverlangte Arbeitsergebnis zu erzielen.

Der Zweck des Mitbestimmungstatbestandes bestehe darin, die betroffenen Beschäftigten vor unnötigen oder unzumutbaren Belastungen zu bewahren, die sich aus einem schnelleren Arbeitstakt oder einem geänderten Arbeitsablauf ergeben könnten. Entscheidend sei die Zielgerichtetheit der Maßnahme „zur“ Hebung der Arbeitsleistung, um diesen Mitbestimmungstatbestand auszulösen.

Fortsetzung auf Seite 8



**RECHTSPRECHUNG**

Fortsetzung von Seite 7

Die streitige Zielvereinbarung zielt auf die Förderung der Effektivität der Arbeit innerhalb der vorgegebenen Zeit ab, indem freie bzw. vorhandene Kapazitäten im Sinne einer Optimierung der Aufgabenwahrnehmung gesteuert werden sollten. So sehe die Zielvereinbarung eine Steigerung der Kontrollen nach § 22 Abs. 1a Bundespolizeigesetz (BPoIG), der Erfolge in den Deliktsektoren „unerlaubte Einreise“ und „unerlaubter Aufenthalt“, der Fahndungsabfragen, der Fahndungstreffer um x% gegenüber dem Vorjahr sowie die Erreichung einer Präsenzquote von mindestens 66% der tatsächlichen Einsatzstärke vor. Da es für

die Hebung der Arbeitsleistung im Sinne des Mitbestimmungsrechtes unerheblich sei, ob die Beschäftigten die in einem Teilbereich ihrer Tätigkeit entstehende Mehrbelastung in einem anderen Teilbereich kompensieren könnten (vgl. den Beschluss des BVerwG vom 28. Dezember 1998 6 P 1.97 juris Rn. 17), führe eine etwaige im Hinblick auf die gleichbleibende Wochenarbeitszeit reflexartige Kompensation der partiellen Vermehrung oder Intensivierung der Beanspruchung in bestimmten Tätigkeitsbereichen durch eine Verringerung der Tätigkeit in anderen Aufgabenfeldern nicht zum Ausschluss jenes Mitbestimmungstatbestandes. Selbst wenn jedoch eine Kompensation der Mehrbelastung durch

Reduzierung von Aufgaben in anderen Teilbereichen zum Ausschluss des Mitbestimmungstatbestandes führen könnte, scheidet eine bewusste eigenverantwortliche Umgestaltung der Aufgabenwahrnehmung aus, da der Arbeitsauftrag der Bundespolizei einerseits weitestgehend gesetzlich festgelegt und begrenzt sei und andererseits aktive Maßnahmen der Inspektionsleitungen zur Entlastung von Tätigkeiten in anderen Teilbereichen zumindest selbst in der Zielvereinbarung enthalten sein müssten, um die gleiche rechtliche Verbindlichkeit zu erhalten wie die Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung.

**BJF****KREISGRUPPE DUDERSTADT**

**Am 20. Januar 2011 führte die Kreisgruppe (KG) Bundespolizei Duderstadt der Gewerkschaft der Polizei (GdP) traditionsgemäß die Mitgliederversammlung für das zurückliegende Kalenderjahr durch.**

Der Vorsitzende Dieter Wemheuer konnte hierzu 30 Mitglieder begrüßen. In seinem Tätigkeitsbericht ging er auf einige Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Arbeit des letzten Jahres ein. Die enorme Einsatzbelastung, die auch im kommenden Jahr mit Sicherheit nicht nachlassen wird, stelle die Kollegenschaft immer wieder vor große Kräfteanforderungen. Mit dem „Duderstädter-Modell“, das bedeutet unter anderem ein „planbares freies Wochenende“ auf freiwilliger Basis, wurde – und wird auch weiterhin – versucht, die auftretenden Einsatzspitzen immer wieder abzufedern. Auch die immer weiter steigende Gewaltbereitschaft – insbesondere bei den Fußballfanbeglei-

tungen – stellte ein großes Thema der gewerkschaftlichen Arbeit des letzten Jahres dar. Durch den stellvertretenden KG-Vorsitzenden Ralf Seifert wurden u. a. die aufgetretenen Straftaten anzahlmäßig bei den Begleitungen der letzten Jahre statistisch erfasst. Diese Arbeitsunterlage wird ständig aktualisiert und soll in die gewerkschaftliche und politische Diskussion mit eingebracht werden. Weitere Themen waren u. a. Fußballkongress GdP-DFB-DFL, Arbeitsgruppe Dienstpostenbewertung der Direktion Bundesbereitschaftspolizei, Ergebnisse der Werthebach-Kommission sowie die Beerlage-Studie.

Trotz zahlreicher Umsetzungen von Kolleginnen und Kollegen zur Bundespolizeiabteilung Hünfeld und in den bahnpolizeilichen Bereich im Großraum Frankfurt/Main konnte die Mitgliederzahl durch 20 Neueintritte im Jahr 2010 sowie einigen Versetzungen nach Duderstadt gehalten werden. Im Bereich der Neueintritte liegt die KG mit an der Spitze im gewerkschaftlichen Verantwortungsbereich der Direktion Bundesbereitschaftspolizei.

Leider musste die vorgesehene Mitgliederversammlung für 60 Jahre GdP-Mitgliedschaft des Kollegen Walter Lieschke aufgrund seiner Erkrankung ausfallen; diese wird

aber bei erfolgter Genesung im entsprechenden Rahmen nachgeholt.

Wichtigster Tagesordnungspunkt waren die Neuwahlen des KG-Vorstandes. Der neue Vorstand wurde einstimmig gewählt. Er setzt sich aus „erfahrenen“ Kolleginnen und Kollegen sowie einigen „neuen Gesichtern“ zusammen. Der Vorsitzende der GdP-Direktionsgruppe Bundesbereitschaftspolizei, Heinz Selzner, zeigte sich in seinem Grußwort beeindruckt, dass aus der KG Duderstadt immer wieder junge Beschäftigte „herauswachsen“, die gewerkschaftlich und in den Personalvertretungen auch in überörtlichen Gremien mitarbeiten wollen. Das Ergebnis der Neuwahlen lautet: Vorsitzender: Dieter Wemheuer, stellvertretende Vorsitzende: Guido Nörthemann und Ralf Seifert, Schriftführer: Holger Mevers, stellvertretende Schriftführerin: Vanessa Schuldes, Kassierer: Wolfgang Liese, stellvertretende Kassierer: Heidi Heerdegen. Als Beisitzerinnen und Beisitzer wurden gewählt: Andrea Wagener, Kerstin Gerl, Ulrike Diederich, Martin Reschwamm. Als Ansprechpartner für Senioren fungiert Jürgen Rode und als Ansprechpartner JUNGE GRUPPE trägt Adrian Voigt Verantwortung. Im Anschluss an die Versammlung schloss sich (ebenfalls traditionsgemäß) ein gemütlicher Abend mit einem griechischen Büfett in der Kantine bei Viola Gottlieb an. Unser Bild zeigt v. l. n. r.: Andrea Wagener, Dieter Wemheuer, Heidi Heerdegen, Jürgen Rode, Wolfgang Liese, Guido Nörthemann, Ralf Seifert sowie Holger Mevers.



Foto: GdP

**Dieter Wemheuer, KG-Vorsitzender**